Niederschrift

über die 7. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am Mittwoch, 18.03.2015 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings

Ratsmitglieder

Frau Anabela Barata	SPD
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Frau Kevin Buchner	SPD
Herr Reinhold Daniels	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Steffen Kirchhoff	SPD
Frau Sandra Kollender	SPD
Frau Anne Kathrin Latt	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Jürgen Scholz	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Herr Kurt Wellmann	SPD
Frau Marion Buschmann	CDU
Herr Michael Deprez	CDU
Herr Martin Falke	CDU
Herr Fred Harry Frenzel	CDU
Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Wolfgang Greve-Tegeler	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Herr Christopher Monheimius	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Fraktion Bettina Erika Thimm	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU

Herr Klaus-Dieter Bartel
Frau Marianne Münnich
Herr Hartmut Toska
Frau Susanne Vogel
Herr Friedhelm Burchartz
Frau Angelika Urban
Bündnis90/Die Grünen
Bündnis90/Die Grünen
Bündnis90/Die Grünen
Allianz für Hilden
Allianz für Hilden

Herr Rudolf Joseph FDP Herr Thomas Remih FDP

Herr Markus Hanten BÜRGERAKTION Frau Sabine Kittel BÜRGERAKTION Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann AfD Herr Bernd Hoppe AfD

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt Herr Beig. Reinhard Gatzke Frau Beig. Rita Hoff

Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete

Herr Michael Witek Herr Roland Becker Herr Tobias Schlusche

Es fehlte/n

Ratsmitglieder

Herr Yannick Hoppe FDP

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science Sachstandsbericht
- 3 Anregungen und Beschwerden
- 3.1 Anregung gemäß § 24 GO; hier: Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA stoppen

WP 14-20 SV 20/017

- 4 Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz
- 4.1 Satzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden WP 14-20 SV 68/014
- 5 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses
- 5.1 Eintragung des Gebäudes Ellerstraße 18 in die Denkmalliste WP 14-20 SV 60/009

5.2 Integriertes Handlungskonzept Innenstadt (IHK) Projekt B1 - Stadtpark und Fritz-Gressard-Platz hier: Ideenwettbewerb - Zusammensetzung der Empfehlungskommission

WP 14-20 SV 66/020/1

- 6 Sonstige Ratsangelegenheiten
- 6.1 Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien WP 14-20 SV 01/028
- 6.2 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Mesto nad Metují WP 14-20 SV 01/023
- 1. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes
 WP 14-20 SV 37/002
- 6.4 Änderungsantrag auf zusätzliche Verkaufsöffnungen im Stadtgebiet Hilden WP 14-20 SV 32/004
- 6.5 Resolution zum Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA WP 14-20 SV 20/019
- 6.6 Resolution zum Erhalt eines wohnortnahen Notfallpraxissystems im Bereich des südlichen Kreises Mettmann WP 14-20 SV BM/002
- 6.7 Einnahmen aus Nebentätigkeiten; Anzeige nach § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz

WP 14-20 SV 01/029

- 7 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 7.1 Dringlichkeitsentscheidung vom 26.01.2015 über die vorzeitige Mittelfreigabe für 1681400219 EB Großflächenmäher
 WP 14-20 SV 68/015
- 7.2 Vorbereitung von ÖPNV-Vergaben:

Auslaufen der Bestandsbetrauungen und Weiterentwicklung der VRR-Finanzierungsrichtlinien

WP 14-20 SV 61/025

7.3 2. Nachtrag zur Benutzungs-und Gebührenordnung für den Heinrich-Strangmeier-Saal im Alten Helmholtz

WP 14-20 SV 41/020

- 7.4 Erhöhung der Nutzungsgebühren der Notunterkünfte für Obdachlose der Stadt Hilden
 - 12. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Hilden (Hildener Obdachlosensatzung) WP 14-20 SV 50/029

7.5 Neufassung der Satzung über die Teilnahme sowie die Erhebung von Gebühren im Rahmen von Elternbeiträgen in der "Offenen Ganztagsgrundschule" und der "Verlässlichen Grundschule 8-1" im Primarbereich.

WP 14-20 SV 51/048

7.6 3. Nachtragssatzung vom... zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Stadt Hilden - Entwässerungssatzung - vom 17.12.2009

WP 14-20 SV 60/003

7.7 2. Nachtragssatzung vom... zur Satzung zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 7 Landeswassergesetz NRW in der festgesetzten Wasserschutzzone im Stadtgebiet Hilden vom 26.05.2010

WP 14-20 SV 60/004

- Nachtragssatzung vom ... zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Hilden vom 25.04.2008
 WP 14-20 SV 68/016
- 7.9 Haushaltssatzung 2015 und mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2018 WP 14-20 SV 20/020
- 7.10 Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 11.11.2014 bis 31.12.2014 WP 14-20 SV 20/014
- 8 Anträge
- 9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 9.1 Stadtradeln
- 10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 10.1 Antrag Allianz Generationengerechte Finanzen

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Birgit Alkenings, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Sie stellte fest, dass die Unterlagen vollständig zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

Auf Anregung von Rm. Barata/SPD beschloss der Rat, den TOP 6.5 "Resolution zum Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA" vor TOP 3.1 "Anregung und Beschwerde gem. § 24 GO NRW; hier: Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA stoppen" zu beraten und zu beschließen.

Einwohnerfragestunde

a) Herr Ulrich Knak, Am Bürenbach, Hilden

Herr Knak wandte sich an die Fraktionen und bat um Auskunft, wie die Ausgleichsrücklage, die ursprünglich einen Bestand von rd. 42 Mio. € aufwies und nach dem Finanzplan der Stadt bis Ende 2018 bis auf 4,2 Mio. € aufgebraucht sein wird, wieder aufgefüllt werden soll.

Rm. Joseph/FDP bat darum, die Anfrage schriftlich den Fraktionen zuzusenden.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Bayer Material Science lagen keine neuen Informationen vor.

- 3 Anregungen und Beschwerden
- 3.1 Anregung gemäß § 24 GO; hier: Freihandelsabkommen TTIP, WP 14-20 SV CETA und TiSA stoppen 20/017

Antrag:

Der Rat der Stadt Hilden bringt seine ablehnende Haltung zum transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP zum Ausdruck und unterstützt grundsätzlich das gemeinsame Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) vom Oktober 2014. Der Rat der Stadt Hilden vertritt darüber hinaus die Ansicht, dass die Verhandlungen unter den jetzigen Bedingungen beendet werden müssen.

TTIP birgt die Gefahr, die demokratisch legitimierten Gestaltungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen massiv einzuschränken. Die kommunale Selbstverwaltung wird grundlegend angegriffen.

Der Rat der Stadt Hilden ist der Ansicht, dass er unverzüglich und vollumfänglich über den aktuellen Stand der TTIP-Verhandlungen informiert werden sowie während des gesamten Verhandlungsverlaufs adäquaten Zugang zu allen relevanten Dokumenten erhalten muss.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wurde die Anregung einstimmig abgelehnt.

- 4 Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz
- 4.1 Satzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden

WP 14-20 SV 68/014

Beschlussvorschlag:

"Nach Vorberatung im Umwelt- und Klimaschutzausschuss beschließt der Rat der Stadt Hilden die in der Anlage dargestellten Änderungen der Satzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen"

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Die Satzung ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt und Bestandteil der Niederschrift.

- 5 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses
- 5.1 Eintragung des Gebäudes Ellerstraße 18 in die Denkmalliste

WP 14-20 SV 60/009

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss Kenntnis von der Denkmalwürdigkeit des Gebäudes Ellerstraße 18 und beschließt die Eintragung in die Denkmalliste.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion einstimmig beschlossen

WP 14-20 SV 66/020/1

Rm. Barata/SPD beantragte die Abänderung des Beschlussvorschlages dergestalt, dass die 7 Sitze der Politik entsprechend dem Wahlergebnis nach dem Zählverfahren nach Hare-Niemayer besetzt werden und die übrigen Fraktionen, die danach keine Berücksichtigung finden, je 1 beratendes Mitglied entsenden können.

Die Vertreter der Fraktionen FDP, Bündnis90/Die Grünen, Allianz und Bürgeraktion hielten entgegen, dass bei diesem großen und wichtigen Projekt alle Fraktionen im Vorfeld der Entscheidungen gleichermaßen einbezogen werden sollten. Darüber hinaus handele es sich ohnehin nur um ein Gremium, das lediglich Empfehlungen erarbeiten soll, ansonsten keine Beschlusskompetenzen besitze. Außerdem würden dabei Fachdiskussionen in den Ausschüssen nachgeholt.

Rm. Reffgen/Bürgeraktion beantragte zur Geschäftsordnung die Vertagung der Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Rates. Nach Hinweis der Bürgermeisterin, dass damit der Projektantrag insgesamt gefährdet werde, da die Antragstellung bis spätestens Ende Juni zu erfolgen habe, zog Rm. Reffgen seinen Antrag zurück.

Nach einer weiteren kurzen kontroversen Diskussion stimmte der Rat dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit 30 Ja-Stimmen (Fraktionen SPD, CDU) gegen 14 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen und Bürgermeisterin) mehrheitlich zu.

Nach abschließender Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag wurde entsprechend dem Zählverfahren nach Hare-Niemayer der 7. Sitz per Los der Fraktion Bürgeraktion zugewiesen.

Die Fraktionen benannten die Vertreter wie folgt:

CDU: Claudia Schlottmann (Vertreter: Norbert Schreier)

Bettina Thimm (Vertreter: Tayfun Aytan)

Bündnis90/Die Grünen : Susanne Vogel (Vertreter: Klaus-Dieter Bartel)
Bürgeraktion: Markus Hanten (Vertreter: Ludger Reffgen)

beratend:

FDP: Rudi Joseph (Vertreter: Thomas Remih)

Allianz: Ernst Kalversberg (Vertreter: Friedhelm Burchartz)

AfD: Bernd Hoppe

Die SPD-Fraktion erklärte, ihre Vertreter zu einem späteren Zeitpunkt zu benennen.

(geänderter) Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt für die Durchführung des Werkstattverfahrens zum Projekt B1 "Stadtpark und Fritz Gressard Platz" die Empfehlungskommission wie folgt zu besetzen:

- 1 Teilnehmer "Experte" (nicht verfahrensbeteiligter Landschaftsarchitekt)
- 2 Teilnehmer Stadtverwaltung
- 2 Teilnehmer Verbände (Jugend+Senioren)
- 1 Teilnehmer Stadtmarketing
- 7 stimmberechtigte Teilnehmer Politik (Besetzung nach dem Zählverfahren nach Hare-Niemayer, zzgl 1 beratender Vertreter der Fraktionen, die nach dem Zählverfahren keine Berücksichtigung finden)

Abstimmungsergebnis:

Mit 31 Ja-Stimmen (Fraktionen SPD, CDU und Bürgermeisterin) gegen 13 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen) mehrheitlich beschlossen

6 Sonstige Ratsangelegenheiten

6.1 Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien

WP 14-20 SV 01/028

Beschlussvorschlag:

Der Rat entsendet

a) auf Antrag der Allianz-Fraktion in

den Personalausschuss

als beratendes Mitglied Angelika Urban Angelika Urban Friedhelm Burchartz

den Rechnungsprüfungsausschuss

als beratendes Mitglied Friedhelm Burchartz als stellv. beratendes Mitglied Angelika Urban

den Ausschuss für Schule und Sport

als stelly, beratendes Mitglied (für F. Burchartz)

Angelika Urban

den Ausschuss für Kultur- und Heimatpflege

als 2. stellv. beratendes Mitglied Friedhelm Burchartz

den Paten- und Partnerschaftsausschuss

als 2. stellv. stimmberechtigtes Mitglied Jan Bergner (sB)

(anstelle von Werner Horzella)

den Wahlausschuss

als ordentliches Mitglied Manfred Herberg (sB)

(anstelle von Werner Horzella)

als 2. stellv. Mitglied Birgit Behner (sB)

den Arbeitskreis Sicherheit und Ordnungspartnerschaften

als stelly. Mitglied Jan Bergner (sB)

den Aufsichtsrat Stadt Hilden Holding GmbH

als ordentliches Mitglied Angelika Urban

(anstelle von Werner Horzella)

als stelly. Mitglied Claus Munsch (sB)

(anstelle von Angelika Urban)

den Aufsichtsrat Stadtwerke Hilden GmbH

als beratendes Mitglied Angelika Urban

(anstelle von Werner Horzella)

als stellv. Mitglied Claus Munsch (sB)

(anstelle von Angelika Urban)

den Aufsichtsrat Stadtmarketing Hilden GmbH

als ordentliches Mitglied Angelika Urban als stellv. Mitglied Birgit Behner

den Aufsichtsrat Gemeinn. Seniorendienste "Stadt Hilden" GmbH

als beratendes Mitglied Marlene Kochmann als stellv. Mitglied Angelika Urban

b) auf Antrag der AfD-Fraktion in

den Wahlausschuss

als stimmberechtigtes Mitglied Klaus Menn

(anstelle von Heike Limbart)

den Wahlprüfungsausschuss

als stelly. Mitglied Karl-Heinz Best

(anstelle von Heike Limbart)

den Aufsichtsrat der GkA Grundstücksgesellschaft Hilden mbH

als beratendes Mitglied Ulrich Knak

(anstelle von Hans-Jürgen Niederquell)

den Aufsichtsrat Gemeinn. Seniorendienste "Stadt Hilden" GmbH

als beratendes Mitglied Hans-Jürgen Niederquell

als stelly. Mitglied Karl-Heinz Best

den Aufsichtsrat Wohnungsbaugesellschaft Hilden GmbH

als stellv. Mitglied Prof. Dr. Barbara Haupt

(anstelle von Dr. Heimo Haupt)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.2 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové WP 14-20 SV Mesto nad Metují 01/023

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des mit der Stadt Nové Město nad Metují geschlossenen Partnerschaftsvertrages beschließt der Rat der Stadt Hilden nach Vorberatung im Paten- und Partnerschaftsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss die Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Město nad Metují

a) in der Zeit vom 14. Mai bis 17. Mai 2015

in der Zusammensetzung

Bürgermeisterin 10 Ratsmitglieder 2 Verwaltungsangehörige.

Für die teilnehmenden Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger wird ein Eigenanteil in Höhe von 110,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bürgeraktion einstimmig beschlossen

6.3 1. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes

WP 14-20 SV 37/002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die als Anlage beigefügte 1. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.4 Änderungsantrag auf zusätzliche Verkaufsöffnungen im Stadtgebiet Hilden

WP 14-20 SV 32/004

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt die in der Anlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung über die zusätzliche Öffnung von Verkaufsstellen in Hilden in Ergänzung und teilweiser Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung vom 29.12.2014.

Abstimmungsergebnis:

Mit 37 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen (Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und Bürgeraktion) mehrheitlich beschlossen

Die Verordnung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt und Bestandteil der Niederschrift.

6.5 Resolution zum Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA

WP 14-20 SV 20/019

Dieser Tageordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung vor TOP 3.1 beraten und beschlossen.

Rm. Buschmann/CDU erklärte, dass sich Ihre Fraktion heute nicht an der Abstimmung beteiligen wolle, da nach Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes der Bundesregierung die Kommunen keine Zuständigkeit für eine Beschlussfassung besäßen.

Rm. Prof. Dr. Bommermann/AfD schloss sich den Ausführungen von Rm. Buschmann an. Auch die AfD werde daher nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Rm. Remih/FDP fügte ergänzend hinzu, dass seine Fraktion mehr Chancen als Risiken in den Freihandelsabkommen sehe und sich daher ebenfalls nicht an der Abstimmung beteiligen werde.

Bürgermeisterin Birgit Alkenings entgegnete, dass diese Auffassung der Verwaltung zwar bekannt sei, der Deutsche Städte- und Gemeindebund (und andere kommunale Spitzenverbände) im Hinblick auf Beteiligungen an kommunalen Gesellschaften aber eine gegenteilige Rechtsauffassung vertrete. Insofern wolle die Verwaltung zumindest die Möglichkeit nutzen, auf die Situation der Kommunen aufmerksam zu machen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt folgende Resolution:

"Der Rat der Stadt Hilden schließt sich ausdrücklich dem gemeinsamen Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmen zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen vom Oktober 2014 an. Der Rat der Stadt Hilden fordert die auf europäischer und nationaler Ebene für die Verhandlungsführung über Freihandelsabkommen und die letztendliche Zustimmung zu Freihandelsabkommen politisch Verantwortlichen auf, die im o. g. Positionspapier aufgeführten Punkte zu gewährleisten."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

(Die Fraktionen CDU, FDP und AfD haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt)

6.6 Resolution zum Erhalt eines wohnortnahen Notfallpraxissystems Wim Bereich des südlichen Kreises Mettmann

WP 14-20 SV BM/002

Bürgermeisterin Birgit Alkenings teilte mit, dass die Ärztekammer zwischenzeitlich Gesprächsbereitschaft signalisiert hätte. Unabhängig davon gebe es am morgigen Donnerstag einen Termin mit den Bürgermeistern im Kreis um die gesammelten Unterschriften gegen die Schließung der Notfallpraxen zu überreichen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden fordert die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein auf, das bestehende Notfallpraxissystem im Bereich des Kreises Mettmann beizubehalten und insbesondere auf die Abschaffung der kinderärztlichen Notfallpraxis in Langenfeld zu verzichten.

Ferner wird das Land NRW aufgefordert, seinen Einfluss geltend zu machen, damit die Kassenärztliche Vereinigung weiterhin ein wohnortnahes Notfallpraxissystem betreibt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Der Rat nahm Kenntnis von der Aufstellung der gemäß der §§ 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW der Anzeigepflicht unterliegenden Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin und des Bürgermeisters für das Jahr 2014 sowie darüber hinausgehend von der Aufstellung der Nebentätigkeiten, die gem. § 9 Nebentätigkeitsverordnung nicht der Anzeigepflicht unterliegen.

- 7 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 7.1 Dringlichkeitsentscheidung vom 26.01.2015 über die vorzeitige Mittelfreigabe für I681400219 EB Großflächenmäher

WP 14-20 SV 68/015

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden genehmigt die vorliegende, von Bürgermeisterin Birigit Alkenings und Ratsmitglied Claudia Schlottmann am 26.01.2015 gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW gefasste Dringlichkeitsentscheidung über die vorzeitige Mittelbereitstellung vor Rechtskraft des Haushaltes 2015 in Höhe von 70.600,-- Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7.2 Vorbereitung von ÖPNV-Vergaben:
Auslaufen der Bestandsbetrauungen und Weiterentwicklung der VRR-Finanzierungsrichtlinien

WP 14-20 SV 61/025

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden fasst auf Empfehlung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR (siehe Drucksache Nr. N/VIII/2014/0507, Ziffer 5 des Beschlusses der VRR-Gremien vom 28.03.2014) folgende Beschlüsse zur Weiterentwicklung des VRR-Finanzierungssystems:

- a. Der Rat der Stadt Hilden beschließt, dass die Aufgaben gemäß § 5a der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes VRR im Rahmen einer Mandatierung auf den Zweckverband VRR übertragen werden.
- b. Dar Rat der Stadt Hilden stellt fest, dass er als Aufgabenträger gem. § 3 Abs. 1 ÖPNVG NRW (für die Linie O 3 in Hilden) mit den weiteren Aufgabenträgern / zuständigen Behörden im Verbandsgebiet des Zweckverbandes VRR eine Gruppe von Behörden im Sinne des Artikel 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 bildet.
- c. Der Rat der Stadt Hilden stimmt der Anpassung des VRR-Finanzierungssystems gemäß der Drucksache Nr. N/VIII/2014/0507 des VRR einschließlich Anlagen zu.

- d. Der Rat der Stadt Hilden stimmt der Anpassung der Finanzierungsrichtlinie des VRR (insbesondere der darin aufgezeigten Aufgabenverteilung) sowie der Anpassung der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes VRR zu.
- e. Der Rat der Stadt Hilden beschließt, dass die Finanzierung von kommunalen Verbundverkehrsunternehmen, an denen die Stadt Hilden beteiligt ist, weiterhin im Rahmen der Regelungen des § 19c der Zweckverbandssatzung des Zweckverbandes VRR durchgeführt wird.
- f. Soweit erforderlich, führt die Stadt Hilden einen entsprechenden gesellschaftsrechtlichen Beschluss zur Konkretisierung der Vorgaben nach § 19c der Zweckverbandssatzung des VRR herbei. Die Aufgabenträger der betroffenen Verkehrsunternehmen tragen dafür Sorge, dass die Vorgaben der Finanzierungsrichtlinie des VRR eingehalten werden.
- g. Der Zweckverband VRR erhält eine Mitteilung über diesen Beschluss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7.3 2. Nachtrag zur Benutzungs-und Gebührenordnung für den Heinrich-Strangmeier-Saal im Alten Helmholtz

WP 14-20 SV 41/020

Beschlussvorschlag:

"Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege und im Haupt-und Finanzausschuss den 2. Nachtrag zur Benutzungs-und Gebührenordnung für den Heinrich-Strangmeier-Saal im "Alten Helmholtz".

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Die Satzung ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt und Bestandteil der Niederschrift

7.4 Erhöhung der Nutzungsgebühren der Notunterkünfte für Obdachlose der Stadt Hilden

WP 14-20 SV 50/029

12. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Hilden (Hildener Obdachlosensatzung)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss und im Haupt-und Finanzausschuss die Nutzungsgebühren für Notunterkünfte für Obdachlose der Stadt Hilden zu erhöhen und die Satzung dementsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Die Satzung ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt und Bestandteil der Niederschrift

7.5 Neufassung der Satzung über die Teilnahme sowie die Erhebung von Gebühren im Rahmen von Elternbeiträgen in der "Offenen Ganztagsgrundschule" und der "Verlässlichen Grundschule 8-1" im Primarbereich.

WP 14-20 SV 51/048

Bürgermeisterin Birgit Alkenings wies darauf hin, dass entsprechend dem Beratungsergebnis im Haupt- und Finanzausschuss die unterste Einkommensgrenze für die Zahlung von Beiträgen entgegen dem ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung bei 25.000 € belassen werden soll.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport und dem Haupt- und Finanzausschuss die im Wortlaut vorliegende Satzung der Stadt Hilden über die Teilnahme sowie die Erhebung von Gebühren im Rahmen von Elternbeiträgen in der "Offenen Ganztagsgrundschule" und der "Verlässlichen Grundschule 8-1" im Primarbereich" vom 18.3.2015

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Die Satzung ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt und Bestandteil der Niederschrift.

7.6 3. Nachtragssatzung vom... zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Stadt Hilden - Entwässerungssatzung - vom 17.12.2009 WP 14-20 SV 60/003

Beschlussvorschlag:

"Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Die als Anlage im vollem Wortlaut vorliegende 3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Stadt Hilden – Entwässerungssatzung – vom 17.12.2009 wird hiermit beschlossen.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Die Nachtragssatzung ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt und Bestandteil der Niederschrift

7.7 2. Nachtragssatzung vom... zur Satzung zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 7 Landeswassergesetz NRW in der festgesetzten Wasserschutzzone im Stadtgebiet Hilden vom 26.05.2010

WP 14-20 SV 60/004

Beschlussvorschlag:

"Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Die als Anlage im vollen Wortlaut vorliegende 2. Nachtragssatzung zur Satzung zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61 a Abs. 3 bis 7 Landeswassergesetz NRW in der festgesetzten Wasserschutzzone im Stadtgebiet Hilden vom 26.05.2010 wird hiermit beschlossen.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen-."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Die Nachtragssatzung ist der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt und Bestandteil der Niederschrift.

7.8 9. Nachtragssatzung vom ... zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Hilden vom 25.04.2008

WP 14-20 SV 68/016

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt Kenntnis von der vorgelegten 9. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 25.04.2008 und dem dazugehörigen Straßenverzeichnis. Hiermit wird unter der Maßgabe beschlossen, dass in § 1 das mit dieser Sitzungsvorlage beschlossene und festgesetzte Straßenverzeichnis zur Satzung über die Straßenreinigung und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) zu übernehmen ist:

§ 1

Teil 1 des Straßenverzeichnisses mit Stand vom 01.01.2014 in der zuletzt gültigen Fassung, das gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung Bestandteil dieser Satzung ist, wird wie folgt geändert:

1. Neuaufnahme und Änderung bestehender Eintragungen

1408 Bismarckpassage ganz

Festlegung der Straßenart, Häufigkeit der Reinigung und Festlegung der Reinigungspflichtigen mit Reinigungsabschnitt gemäß nachstehender Liste.

				Reinigung und Winterdienst durch						
_	Straßen-			Stadt		Grundstückseigentümer		Häufigkeit der Reini-	Straßen-	Winter-
	Straßenname Straßenname		Fahrbahn	Fuß- gänger- zone	Gehweg	Fahrbahn, Gehweg und Radweg	gung (14- täglich)	art	dienst- klasse	
	1408	Bismarckpassage	ganz			х	х	22	0	4

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Einstimmig beschlossen

Die Nachtragssatzung ist der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt und Bestandteil der Niederschrift

7.9 Haushaltssatzung 2015 und mittelfristige Ergebnis- und Finanz- WP 14-20 SV planung bis 2018 20/020

Rm. Prof. Dr. Bommermann wies darauf hin, dass der heute zu fassende Beschluss nur die Kenntnisnahme der fortgeschriebenen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2018 vorsieht, obwohl im Rahmen der Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss der Beschluss gefasst wurde, die Verwaltung zu beauftragen, "nach dem Beratungsergebnis die Haushaltssatzung 2015 mit ihren Anlagen, einschließlich der fortgeschriebenen Ergebnis- und Finanzplanung und der fortgeschriebenen Teilpläne (inkl. der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit) bis 2018 fertig zu stellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen."

Demgegenüber sehe der Beschlussvorschlag zur heutigen Sitzung des Rates lediglich eine Kenntnisnahme der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2018 vor. Er forderte die Bürgermeisterin auf, den Beschluss, wenn er denn so gefasst werde, zu beanstanden. Sodann beantragte er im Namen seiner Fraktion eine Änderung des Beschlussvorschlages zu 3. dergestalt, dass der Rat die mittelfristige Ergebnis und Finanzplanung bis 2018 beschließt.

Der Kämmerer entgegnete, dass eine Beschlussfassung über die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung nach den Regelungen der Gemeindeordnung nicht vorgesehen sei. Möglicherweise sei der Beschlussvorschlag missverständlich ausgedrückt, obwohl der Wortlaut der Beschlussvorschläge und die Handhabung denen in den vergangenen Jahren entspreche. Er werde dies noch einmal prüfen und eine schriftliche Stellungnahme nachreichen.

Nach einer kurzen weiteren Diskussion lehnte der Rat den Änderungsantrag der AfD mit 2 Ja-Stimmen (AfD-Fraktion), 5 Enthaltungen (Fraktionen FDP und Bürgeraktion) und 37 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen und Bürgermeisterin) ab.

Im Anschluss hieran trugen die jeweiligen Vorsitzenden der Fraktionen ihre Haushaltsreden in der Reihenfolge vor, wie sie zu Beginn des Tagesordnungspunktes ausgelost wurde:

Für die AfD-Fraktion hielt Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Bommermann die der Niederschrift als Anlage 9 beigefügte Haushaltsrede.

Für die CDU-Fraktion hielt Fraktionsvorsitzende Buschmann die der Niederschrift als Anlage 10 beigefügte Haushaltsrede.

Für die ALLIANZ-Fraktion hielt Fraktionsvorsitzende Angelika Urban die der Niederschrift als Anlage 11 beigefügte Haushaltsrede.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hielt Fraktionsvorsitzender Bartel die der Niederschrift als Anlage 12 beigefügte Haushaltsrede.

Für die SPD-Fraktion hielt Fraktionsvorsitzende Barata die der Niederschrift als Anlage 13 beigefügte Haushaltsrede.

Für die FDP-Fraktion hielt Fraktionsvorsitzender Joseph die der Niederschrift als Anlage 14 beigefügte Haushaltsrede.

Für die Fraktion BÜRGERAKTION hielt Fraktionsvorsitzender Reffgen die der Niederschrift als Anlage 15 beigefügte Haushaltsrede.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden

- 1. beschließt die als Anlage beigefügt Haushaltssatzung für das Jahr 2015,
- 2. beschließt die Fortsetzung folgender freiwilliger Maßnahme für einen weiteren Zeitraum von maximal drei Jahren (bis zum 31.12.2017):

Amt	Produkt	Zeile Ergebnis- Plan	Empfänger	Verwendungszweck	Betrag in 2015	Beschluss vom
III/41	040201 Kulturförderung	15 Transfer- aufwen- dungen	Kultur pflegende Vereine	Die Richtlinien zur Förderung Kultur pflegender Vereine und Organisationen in Hilden regeln die Höhe der Zuschüsse. Hier ist die Zahlung von Pauschal-, Jubi- läums- und Sonder- zuschüssen geregelt.	34.920€	12.12.2012 (In Kraft getreten am 01.01.2013)
III/51	060107 Förderung der Kinder- und Jugendarbeit	15 Transfer- aufwen- dungen	Sozialpäda- gogische Ein- richtung Mühle e. V.	Kinder- und Jugend- club Mühle, Schulsozialarbeit	212.370 €	04.07.2012
			Freizeit- gemein-schaft	Abenteuerspielplatz	260.400 €	12.12.2012
III/51	060301 Bereitstellung von Hilfen inner- und außerhalb von Familien	15 Transfer- aufwen- dungen	Sozialpäda- gogische Ein- richtung Mühle e. V.	Erziehung in einer Tagesgruppe	262.550 €	04.07.2012
III/51	070102 Maßnah- men der Gesund- heits-förderung	15 Transfer- aufwen- dungen	Sozialpäda- gogische Ein- richtung Mühle e. V.	Suchtberatung	136.100 €	04.07.2012
III/50	100801 Hilfen für Woh- nungslose	15 Transfer- aufwen- dungen	Sozialpäda- gogische Ein- richtung Mühle e. V.	Wohnungsnotfallhilfe/ Wohnungssicherung und Sozialberatung	362.000 €	04.07.2012

	n	\sim
u		u

3. nimmt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2018 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mit 37 Ja-Stimmen (Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und Allianz sowie Bürgermeisterin) gegen 7 Nein-Stimmen (Fraktionen FDP, Bürgeraktion und AfD) mehrheitlich beschlossen

7.10 Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 11.11.2014 bis 31.12.2014

WP 14-20 SV 20/014

Der Rat der Stadt nahm nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis von den in der Zeit vom 11.11.2014 bis 31.12.2014 erteilten Genehmigungen zur Leistung von unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen (Anlage 1der SV) und investiven Auszahlungen (Anlage 2 der SV).

8 Anträge

keine

9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

9.1 Stadtradeln

Bürgermeisterin Birgit Alkenings erinnerte daran, dass bereits im vergangenen Jahr angeregt wurde, an der Kampagne des Klima-Bündnisses "Radeln für ein gutes Klima – Stadtradeln" teilzunehmen. Seinerzeit war es für eine Teilnahme schon zu spät, in diesem Jahr werde sich die Verwaltung aber zur Teilnahme anmelden.

10.1 Antrag Allianz - Generationengerechte Finanzen

Rm. Urban reichte für die Allianz-Fraktion folgenden Antrag ein:

Generationengerechte Finanzen

Der in diesem Jahr vorgelegte Haushalt zeigt in eindrücklicher Weise, dass zwischen Einnahmen und Ausgaben der Stadt eine zunehmende Diskrepanz zu erkennen ist. Aus dem Haushaltsplan geht hervor, dass der Eigenkapitalverzehr zwischen 2013 und 2018 enorm steigt.

Als Beispiel sei der im Haushaltsplan aufgezeigte Verbrauch des Eigenkapitals in Höhe von 30 Mio. € (Zeitraum 2013- 2018; Haushalt 2015 Entwurf, S 47) und die zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 15,7 Mio. € (Haushaltsrede Kämmerer 2015, S. 10) genannt. Der Haushalt der Stadt Hilden ist seit geraumer Zeit nur noch fiktiv durch die Ausgleichsrücklage und nicht tatsächlich ausgeglichen. Die Mittel der Ausgleichsrücklage sind fast aufgebraucht. Ein Haushaltssicherungsverfahren sollte unbedingt vermieden werden.

Um die nachfolgende Generation davor zu bewahren, dass die städtische Substanz weiter verbraucht wird, stellt die ALLIANZ für Hilden nachfolgenden Antrag:

- 1. Zur langfristigen Haushaltskonsolidierung, Umkehr des Eigenkapitalverzehrs und Kreditrückführung beschließt der Rat, eine verbindliche Schuldenbremse ab dem Haushaltsjahr 2016 einzuführen. Konkret darf danach ab dem Haushaltsjahr 2016 die Aufnahme von neuen Krediten nur in der Höhe erfolgen, in der bestehende Kredite abgebaut werden.
- Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit noch festzulegenden Vertretern der Fraktionen, ein gemeinsames Konzept für eine nachhaltige, generationengerechte Haushaltspolitik zu entwickeln und zur Beschlussfassung vorzulegen. Entsprechende Verfahren können bei Städten wie Wülfrath, Freudenberg oder Overath etc. eingeholt werden.

Begründung:

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Ziel der Einführung eines "generationengerechten Finanzkonzeptes" ist die Vermeidung einer Neuverschuldung zu Lasten künftiger Generationen, da Schulden durch die erforderlichen Zinsund Tilgungszahlungen den finanziellen Handlungs- und Gestaltungsspielraum der Kommune zukünftig einschränken.

Bürgermeisterin Birgit Alkenings	Roland Becker
Vorsitzende	Schriftführer/in

Gesehen: